



Modul

3

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

3. Unterrichtsmodul der Europäischen Akademie Berlin im Rahmen der Projektreihe für Lehrer*innen und Multiplikator*innen **DigiPackEU** mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes.



Europäische Akademie Berlin

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Dieses Unterrichtsmodul gibt einen Einblick in die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist als modularisierte Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe I und II konzipiert, die je nach zur Verfügung stehender Zeit angepasst werden kann. Die Texte sind mit Links für weiterführende Informationen versehen.

Das Modul besteht aus:

- ✓ Hintergrundinformationen für Lehrkräfte, die je nach Schultyp, Klassenstufe und Vorwissen auch als Unterrichtsmaterial eingesetzt werden können
- ✓ einem Arbeitstext für Schüler*innen
- ✓ Arbeitsaufträgen
- ✓ weiterführender Literatur

Ziele der Unterrichtseinheit:

- Wissen über die Europäische Außen- und Sicherheitspolitik am Beispiel der EU-Missionen in Mali vermitteln
- Reflexions- und Urteilsfähigkeit der Schüler*innen zum Thema stärken
- Fachliche Kompetenzen entwickeln

Hintergrundinformationen für Lehrkräfte

Die EU-Missionen in Mali sind Beispiele für ein besonders sichtbares Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) und insbesondere der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Die GASP ist Teil des „auswärtigen Handelns der Union“ und umfasst weitere Politikbereiche wie eine gemeinsame Entwicklungs- oder Handelspolitik. Die Geschichte dieser Politik geht bis ins Jahr 1954 zurück.

Damals war der Versuch, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, an der fehlenden Zustimmung des französischen Parlaments gescheitert. Erst 1992 wurde die GASP mit dem Vertrag von Maastricht in ihrer heutigen Form begründet. Angesichts der Kriege im ehemaligen Jugoslawien wurde aber bald deutlich, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auch eine militärische, verteidigungspolitische Komponente benötigte.

Diese wurde im Vertrag von Amsterdam (1997 bzw. 1999) und dem Vertrag von Nizza (2000 bzw. 2001) zunächst als „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ festgehalten. Seit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2007 besteht die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nun gemeinsam mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Repräsentiert wird die GASP durch den Hohen Vertreter der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, zurzeit den Spanier Josep Borrell. Er vertritt den Standpunkt der Union in internationalen Organisationen oder bei internationalen Konferenzen. Zu diesem Zweck hört und unterrichtet er das Europäische Parlament regelmäßig zu den wichtigsten Aspekten und den grundlegenden Weichenstellungen der GASP und der GSVP. Außerdem wird er durch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD oder englisch EEAS – European External Action Service) unterstützt, der wiederum mit den diplomatischen Diensten der einzelnen Mitgliedstaaten zusammenarbeitet.

Die Ziele der GASP ergeben sich aus allgemeinen Leitlinien und strategischen Vorgaben des Europäischen Rates, in dem die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer stets einstimmig entscheiden müssen. Konkrete Maßnahmen der GASP beschließen die Außenminister der Mitgliedstaaten im Rat für Auswärtige Angelegenheiten mit qualifizierter Mehrheit.

Häufig beklagt wird die „Zahnlosigkeit“ der EU-Außen- und Verteidigungspolitik. Und tatsächlich vermag es die EU nur selten, rasch und entschlossen auf internationale Ereignisse oder Krisen zu reagieren.

Ein wesentlicher Grund dafür besteht in der Kombination aus der großen Heterogenität der EU-Mitgliedstaaten und dem Erfordernis, sich in grundsätzlichen Fragen einstimmig zu entscheiden. Eine ehemalige Weltmacht wie Frankreich hat ganz andere Interessen, Kapazitäten und ein anderes strategisches Selbstverständnis als ein Land wie etwa Tschechien, das als ehemaliger Bestandteil der Habsburgermonarchie und als Mitglied des Warschauer Pakts kaum auf eine Tradition außenpolitischer Souveränität zurückblicken kann. Die Diskussion über eine Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips und mehr Flexibilität in der GASP währt deshalb schon lange, hat zuletzt jedoch wieder deutlich **an Fahrt aufgenommen**.

Ein zweiter wesentlicher Grund für die gefühlte „Harmlosigkeit“ der GASP liegt in den großen Herausforderungen, die mit der Entsendung von Missionen ins Ausland verbunden sind – und dies sowohl bei zivilen wie bei militärischen Missionen. In beiden Fällen spielt insbesondere die Frage, wer das Personal für die Missionen stellt und finanziert, eine wichtige Rolle. Die Praxis, die Mitgliedstaaten aufzurufen, Personal zu entsenden, hat häufig sehr langwierige Prozesse nach sich gezogen. Jedes Land hat einen eigenen Modus nach dem Kontingente mandatiert und gestellt werden können. Stehende EU-Einheiten, die rasch entsendet werden können, sobald eine Mission in ein Krisenland entsendet werden soll, soll(te) hier Abhilfe schaffen. Im Dezember 2018 beschloss die EU deshalb im **Pakt für das Zivile Krisenmanagement** die Einrichtung einer Kerntruppe von schnell zu entsendendem zivilen Personal.

Im militärischen Bereich verfügt die EU bereits seit 1997 über so genannte EU-Battle-Groups, schnelle Eingreiftruppen, die in wechselnden Zusammenstellungen schnell verfügbar sein sollen. Eingesetzt wurden diese **Battle-Groups** bis heute allerdings nicht, unter anderem weil die Kosten für einen Einsatz der Entsendestaat trägt.

Ein dritter Grund, weshalb die EU in Fragen der internationalen Krisenbewältigung häufig nicht als ernst zu nehmender Akteur gilt, liegt an der fehlenden militärischen Schlagkraft der EU. Insgesamt kann der Staatenbund kaum mit einem Verteidigungsbündnis wie die NATO verglichen werden. Und tatsächlich ist es vor allem der Bereich der militärischen Ausrüstung, in dem die EU-Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren die sichtbarsten Veränderungen erfahren hat. Als wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind die russische Annexion der Krim, der große Zustrom von Geflüchteten seit 2015 und die US-Außenpolitik unter Ex-Präsident Donald Trump zu nennen. Während die russische Politik in der östlichen Ukraine das Thema „Landes- und Bündnisverteidigung“ zurück auf die europäische Agenda gebracht hat, führten Äußerungen von Donald Trump den europäischen Staaten sehr drastisch vor Augen, dass die Bereitschaft der USA, den Löwenanteil an den Verteidigungsausgaben der NATO zu tragen, nicht in Stein gemeißelt ist.

Vor diesem Hintergrund hat die EU in den vergangenen Jahren mehrere Initiativen zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion gestartet, die dazu führen sollen, dass sich die EU-Staaten bei der Planung und Beschaffung militärischer Ausrüstung enger abstimmen, auf diese Weise bessere militärische Fähigkeiten entwickeln und zugleich Kosten sparen. Dazu gehören u.a. die Pooling & Sharing Initiative, die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) aber auch die Berlin-Plus-Vereinbarung – ein Abkommen über die Beziehungen zwischen NATO und EU. Obwohl diese Initiativen immer wieder von Be-
teuerungen begleitet werden, es handele sich nicht um eine Abkehr von sondern eher Stärkung der europäischen Säule der NATO, steht als Fernziel doch eine **strategische Autonomie** im Raum (die allerdings schon rein begrifflich einiger Klärung bedarf).

Im Dezember 2017 einigten sich die Verteidigungsminister*innen der EU auf mehrere Projekte zur Zusammenarbeit in der europäischen Außen, Sicherheits- und Verteidigungspolitik:

- ein jährlicher Bericht, sog. Coordinated Annual Review on Defence (CARD),
- die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO), sowie
- den Europäischen Verteidigungsfonds

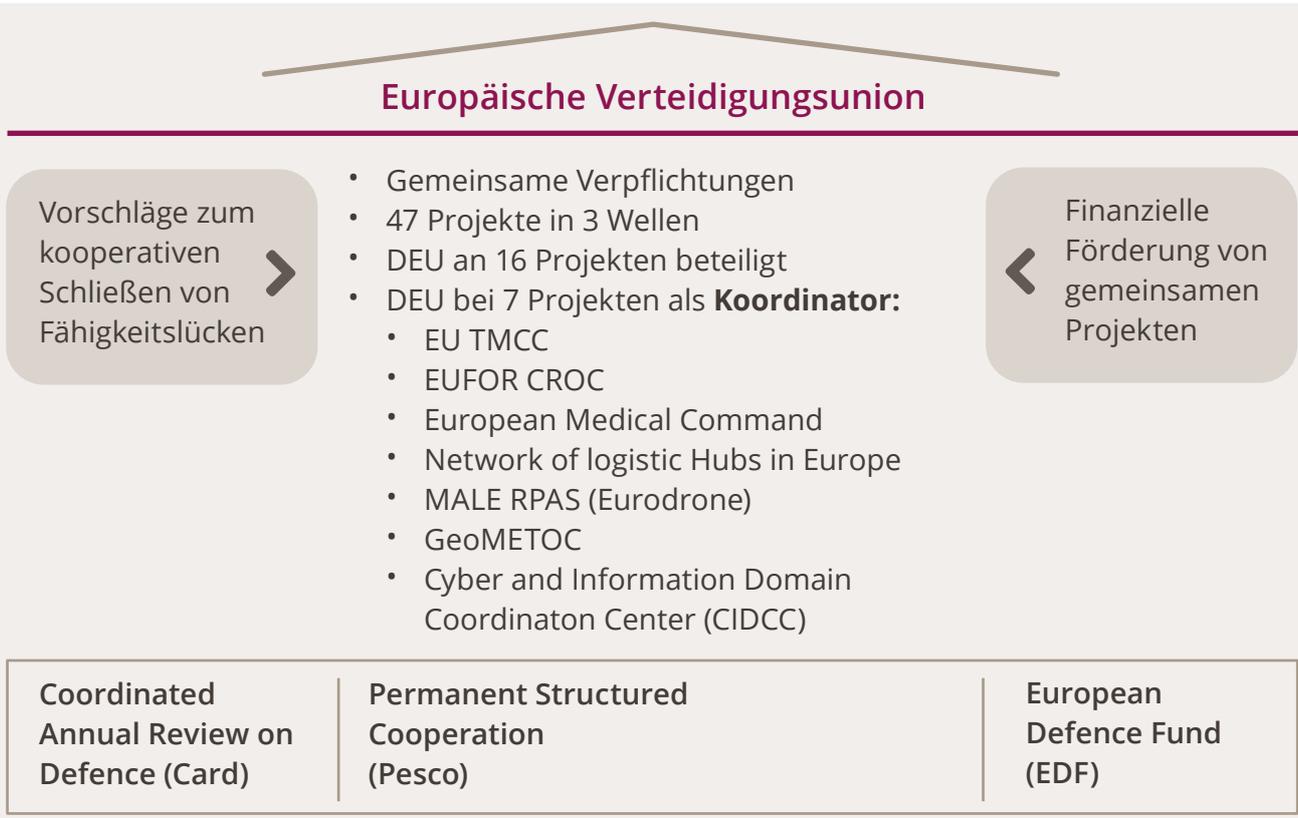
➤ **Im folgenden werden diese Projekte kurz vorgestellt.**

CARD (Coordinated Annual Review on Defence)

Es ist zwar vollkommen normal, aber durchaus problematisch, dass die Armeen der EU-Mitgliedstaaten ihre militärischen Fähigkeiten weitgehend unkoordiniert weiterentwickeln, statt sich gegenseitig zu ergänzen. Jedes Jahr soll deshalb nun ein Bericht über die europäische Verteidigungslandschaft erstellt werden, der eine solche Koordination ermöglichen soll, indem er nationale Rüstungsvorhaben erfasst und analysiert, welche militärischen Fähigkeiten fehlen und ergänzt werden sollten. Der erste CARD **Bericht** wurde im November 2020 veröffentlicht.

PESCO (Permanent Structured Cooperation)

Bezeichnet die Zusammenarbeit, die gemeinsame Prioritäten der EU-Staaten definiert und mehr gemeinsame Rüstungsprojekte fördern soll. Dazu gehören beispielsweise die Entwicklung einer neuen Drohne oder die Entwicklung eines neuen Patrouillenboots. Insgesamt umfasst die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit mittlerweile 47 Projekte an denen 25 der 27 Mitgliedsstaaten beteiligt sind (ohne Dänemark und Malta, Stand 2021). Die Länder sollen bei ihren Fähigkeiten bei der Planung und Entwicklung besser kooperieren, was im Rahmen von 20 Verpflichtungen auch rechtlich bindend festgehalten wurde. Deutschland organisiert beispielsweise ein europaweites Sanitätskommando als auch ein Logistiknetzwerk. Dabei ergänzt PESCO die Planungen der NATO.



Quelle: BwConsulting GmbH

EDF (European Defence Fund)

Der Europäische Verteidigungsfonds ist ein Fördertopf der EU-Kommission, aus dem die gemeinsame Forschung und Entwicklung militärischer Ausrüstung kofinanziert werden soll. Dabei fördert die EU selbst die Forschung, während die Entwicklung und Beschaffung durch eine Bündelung der finanziellen Beiträge der Mitgliedsstaaten gefördert wird. Die EU wird diesen zum Teil kofinanzieren, um Anreize für mehr nationale Beteiligung zu setzen.

Der Verteidigungsfonds hat viele Kritiker*innen. Insbesondere Parlamentarier*innen der **Linken**, und die **Friedensbewegung** weisen darauf hin, dass die EU laut Vertrag kein Geld für militärische Rüstung ausgeben dürfe. Immerhin fällt die Unterstützung der EU für militärische Ausrüstung nun geringer aus als ursprünglich geplant. Nachdem noch 2018 vorgesehen war, den EDF von 2021 bis 2027 mit 13 Milliarden Euro aus dem EU-Budget auszustatten, wurde diese Summe Ende 2020 auf lediglich 8 Milliarden Euro deutlich reduziert.

Weiterführende Literatur

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Einstieg und Überblick über aktuelle Initiativen

- <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/europa/aussenpolitik/-/201802>

Stückwerk beenden, Entwicklung ziviler Fähigkeiten professionalisieren

Fachartikel zu den Problemen der zivilen EU-Missionen

- <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/stueckwerk-beenden-entwicklung-ziviler-faehigkeiten-professionalisieren>

Europäische Verteidigungspolitik

Guter Überblick über historische und aktuelle Entwicklungen

- <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/275518/europaeische-verteidigungspolitik>

„Strategische Autonomie Europas“: das deutsch-französische Missverständnis

Kommentar/ Hintergrund zu Hindernissen der GSVP

- <https://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/opinion/strategische-autonomie-europas-das-deutsch-franzoesische-missverstaendnis/>

„Strategische Autonomie Europas“: Toxische Wortklauberei

Kommentar zur fehlenden Handlungsbereitschaft der EU

- <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-und-die-strategische-autonomie-toxische-wortklauberei-a-77a58db9-6dac-48c9-8aa0-8073215234f2>

Die Militarisierung der EU

Überblick über die linke Kritik an der aktuellen Entwicklung der GSVP

- <https://www.imi-online.de/2018/11/13/rezension-die-militarisierung-der-eu/>

GSVP: Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der EU

Ein Überblick über die Meilensteine europäischer Verteidigungspolitik

- <https://www.bmvg.de/de/themen/gsvp-sicherheits-verteidigungspolitik-eu>

Europa kooperiert stärker bei Rüstungsprojekten

Ein Überblick über europäische Kooperation im Bereich Sicherheit und Verteidigung

- <https://www.bmvg.de/de/themen/europaeische-ruestungskooperation-5026008>

Multinationale Zusammenarbeit

Ein Überblick über internationale Gestaltungsfelder Deutschlands

- <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigung/multinationale-zusammenarbeit>

Text für Schüler*innen

Tim-buk-tu. Jahrzehntlang bedeuteten diese drei Silben im Deutschen so viel wie: JWD. Ein Kaff. Ein Ort im Niemandsland. Doch seit 2014 ist alles anders.



Damals eroberte ein Film die europäischen Kinos, in dem schwarz gekleidete Männer eine Stadt besetzen. Sie verbieten: das Fernsehen, zu kurze Hosenbeine und unverschleierte Frauengesichter. Später werden Menschen ausgepeitscht, gesteinigt und erschossen – alles im Namen Allahs.

Der Film Timbuktu von Abderrahmane Sissako erzählt, wie islamistische Extremisten die Oasenstadt im Norden des afrikanischen Staates Mali zur Hauptstadt ihres Gottesstaates machen. Und so kommt es, dass Timbuktu heute vor allem mit Kampf gegen islamistischen Terrorismus assoziiert wird – einem Kampf, in dem sich auch die Europäische Union und die Bundeswehr engagieren. Warum? Und mit welchem Erfolg?

Die Ausgangslage

Mali ist eines der ärmsten Länder der Erde. Mehr als die Hälfte der Menschen muss von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben. Trotzdem galt der Staat im Nordwesten Afrikas lange Zeit als Modell für eine halbwegs stabile Demokratie in Afrika. 1960 hatte sich Mali von der französischen Kolonialherrschaft befreit. Seit 1991 verfügt das Land über eine demokratische Verfassung und ein Mehrparteiensystem. Trotzdem leiden Staat, Gesellschaft und Politik bis heute unter erheblichen Problemen. Durch die Kolonialherrschaft wurden künstliche Staatsgrenzen gezogen, die sehr viele unterschiedliche ethnische Gruppen und Völker in einem Staat vereinen. Während im Süden entlang des Niger Landwirtschaft betrieben werden kann, ist der an die Sahara grenzende Norden des Landes wirtschaftlich unterentwickelt. Krankenhäuser, Schulen, eine funktionierende Strom- oder Wasserversorgung sind in den nördlichen Landesteilen kaum vorhanden. Jugendlichen fehlt es allzu oft an Perspektiven, Arbeit zu finden.

Die Folgen der ethnischen und wirtschaftlichen Probleme sind erhebliche Spannungen und offen ausgetragene Konflikte. Da viele Menschen keine Möglichkeit für einen legalen Broterwerb sehen, haben Schmuggler, bewaffnete Gruppen und sogar islamistische Terroristen im Norden des Landes leichtes Spiel, Anhänger und Unterstützer zu finden.

Der Konflikt

Zu Beginn des Jahres 2012 begann die Bevölkerungsgruppe der Tuareg im Norden von Mali eine Rebellion mit dem Ziel, einen autonomen Staat „Azawad“ zu errichten. Gleichzeitig kam es im März 2012 in der Hauptstadt Bamako zu einem Militärputsch. Die Regierung wurde abgesetzt und der amtierende Präsident flüchtete ins Exil. Im Norden ergriffen islamistische Milizen aus den Nachbarstaaten die Gelegenheit, jenen Gottesstaat auszurufen, von dem der Film Timbuktu erzählt. Nachdem die islamistischen Milizen immer weiter nach Zentralmali vorgedrungen waren, bat die malische Regierung die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, in den Konflikt einzugreifen.



Administrative Gliederung:

© Mali; (CC BY-SA 3.0)

Heute, im Frühjahr 2021, sind rund **25.000 Soldat*innen und Polizist*innen aus der ganzen Welt** in Mali im Einsatz, um für Frieden und Stabilität zu sorgen und dem Terrorismus den Boden zu entziehen. Alleine die Bundeswehr entsendet bis zu 1.550 Soldat*innen. Wie kommt das? Und was soll das Ganze bringen?

Soldat*innen aus aller Welt

Die deutschen Sicherheitskräfte in Mali sind Bestandteil eines Netzes aus mehreren internationalen Missionen.

Die größte Mission ist die von den Vereinten Nationen aufgestellte MINUSMA, die knapp 15.000 Soldat*innen aus rund 60 Ländern umfasst, davon bis zu 1.100 aus Deutschland. Ihre Aufgabe ist es seit 2013, den Konfliktparteien in Mali dabei zu helfen, eine Waffenruhe einzuhalten, die Zivilbevölkerung zu schützen und das Friedensabkommen umzusetzen, das die Regierung und die wichtigsten Rebellengruppen 2015 unterzeichnet haben.

Die zweitgrößte Mission hat die ehemalige Kolonialmacht Frankreich nach Mali entsandt: Seit 2013 bekämpfen 4.500 französische Soldat*innen gemeinsam mit Truppen der Region (so genannte Gemeinsamen Truppen der G5) islamistische Terrorgruppen in der gesamten Sahelzone (Operation Barkhane).



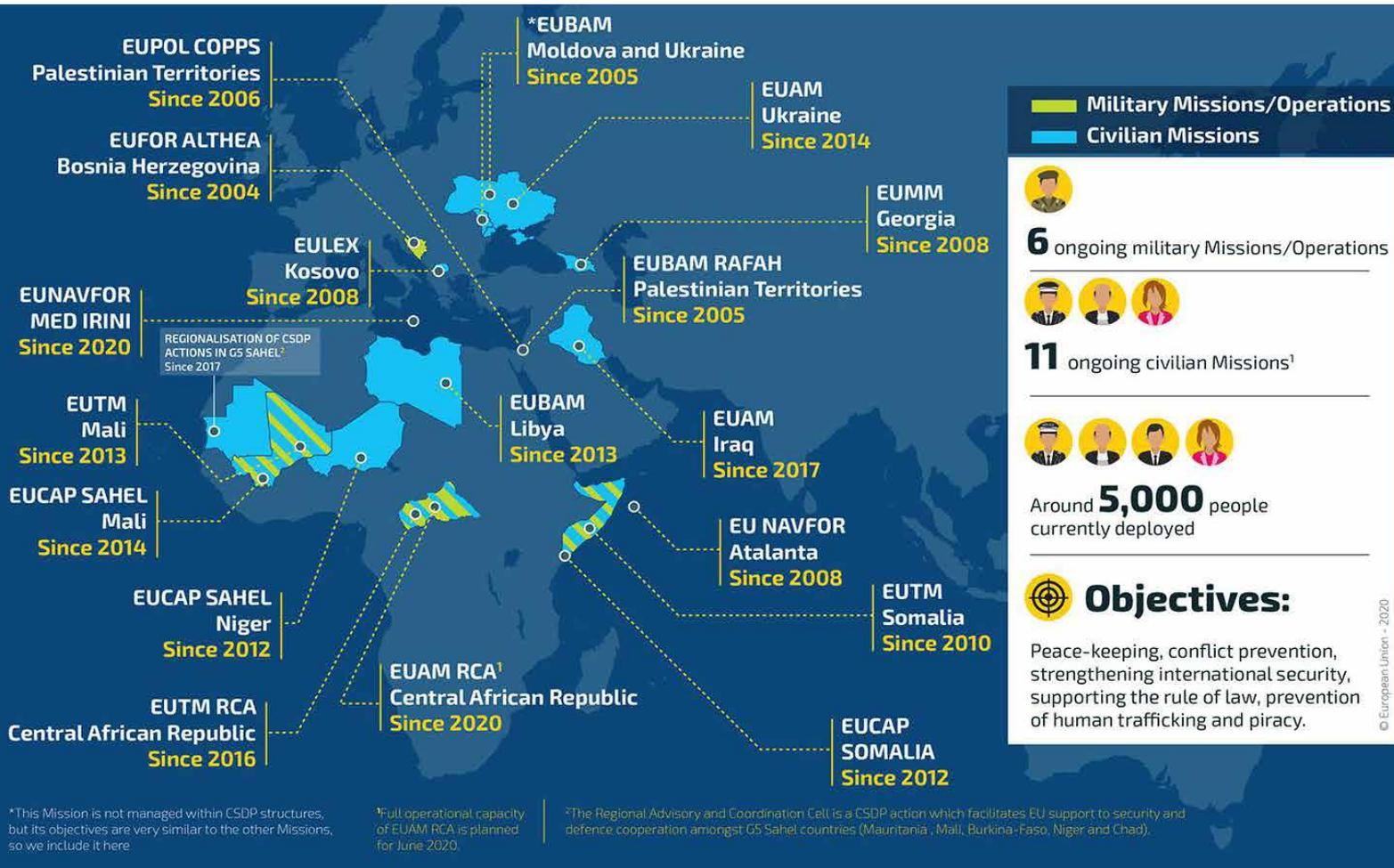
Foto: Bundeswehr/ Elisabeth Rabe

Die Europäische Union ist wiederum mit zwei Missionen in Mali präsent. Seit 2013 sind die 600 Soldat*innen der militärischen EU Trainingsmission (EUTM Mali) damit beauftragt, die malische Armee auszubilden und in die Lage zu versetzen, gegen islamistische Milizen im Norden des Landes vorzugehen. Deutschland stellt dabei bis zu 450 Soldat*innen. In der ebenfalls von der EU eingerichteten zivilen Mission EUCAP Sahel/Mali (European Capacity Building Mission) bilden Polizist*innen aus den EU-Staaten malische Angehörige von Polizei, Gendarmerie und Nationalgarde seit 2014 weiter. [Hier](#) kannst Du genauer erfahren, welche Aufgaben die internationalen Missionen in Mali haben.

Die Missionen EUTM und EUCAP Mali sind nur zwei Beispiele für eine ganze Reihe von Missionen, die die EU an Krisenherde in ihrer Nachbarschaft entsandt hat. Denn auch wenn die europäische Integration in den 1950er Jahren vor allem dazu dienen sollte, den Frieden innerhalb Europas zu wahren – inzwischen versteht sich die EU durchaus als *global player*, der den Anspruch hat, Frieden, Sicherheit und Stabilität auch außerhalb ihrer eigenen Grenzen zu fördern.

EUROPEAN UNION CSDP MISSIONS AND OPERATIONS 2020

**EUROPEAN UNION
CSDP MISSIONS AND OPERATIONS 2020**



Quelle: © Europäischer Auswärtiger Dienst (größere Ansicht Seite 16)
https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/430/military-and-civilian-missions-and-operations_en

Welche Ziele die EU dabei verfolgt und welche Mittel sie einsetzen will – das wird in der **Globalen Strategie** der EU von 2016 näher beschrieben. Demnach sind die fünf wichtigsten Ziele der EU-Außen- und Sicherheitspolitik:

- die Sicherheit der EU-Bürger*innen zu gewährleisten (z.B. vor Cyberangriffen, Terrorismus)
- die Staaten in der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU zu stabilisieren
- gewaltsame Konflikte in der Nachbarschaft zu lösen
- regionale, auf Partnerschaften basierende Ordnungen zu befördern
- eine internationale Ordnung zu erhalten, die auf Regeln beruht (Völkerrecht).

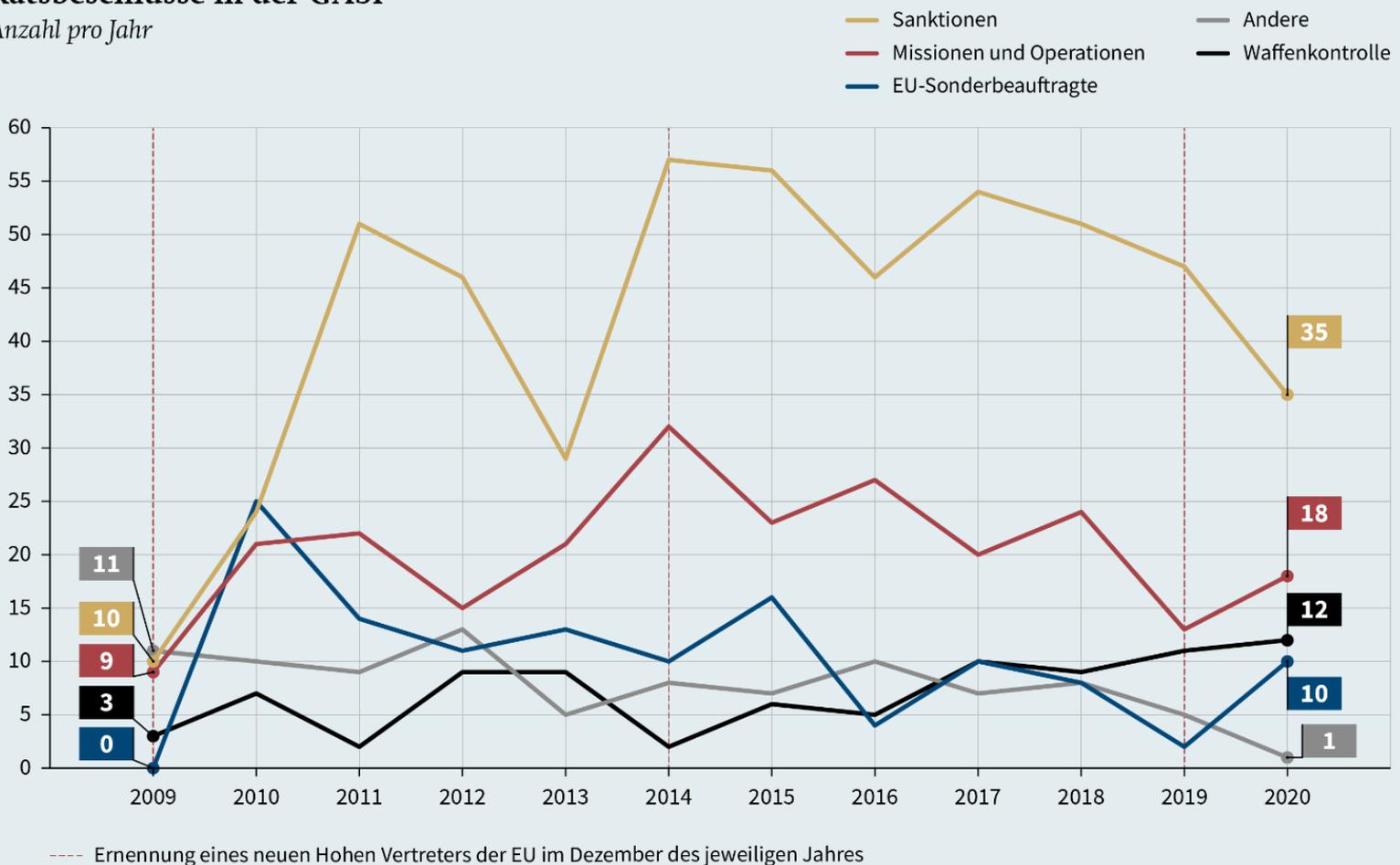
Um diese Ziele zu erreichen, verfügt die EU – etwa im Vergleich zur NATO – über einen enorm breiten **Instrumentenkasten**. Sie kann z.B.

- offizielle politische Standpunkte beziehen (Entwicklungen oder Entscheidungen kritisieren)
- Sanktionen verhängen (gegen einzelne Personen oder ganze Staaten) oder im Gegenteil engere Handelsbeziehungen in Aussicht stellen, um die Politik anderer Staaten zu beeinflussen
- durch Mittel der Entwicklungszusammenarbeit erwünschte politische Entwicklungen fördern
- andere Staaten durch zivile Missionen beraten – z.B. beim Aufbau eines transparenten, rechtsstaatlichen Justiz- oder Sicherheitssektors
- durch militärische Missionen den Aufbau rechtsstaatlicher Sicherheitskräfte unterstützen (EUTMs) oder sogar in gewaltsame Konflikte eingreifen
- Sonderbeauftragte ernennen, die sich im Auftrag der EU besonders intensiv um eine Region oder ein Thema „kümmern“ und der EU zu diesem Thema eine Stimme verleihen.

Die folgende Grafik zeigt, wie oft die einzelnen Instrumente tatsächlich zum Einsatz kommen:

Ratsbeschlüsse in der GASP

Anzahl pro Jahr



Quelle: © 2020 Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Die EU hat sich also zum Ziel gesetzt, den gewaltsamen Konflikt in Mali zu beenden. Aber kann sie dieses Ziel tatsächlich erreichen? Mit welchen Mitteln? Was hat das europäische Engagement in Mali bisher bewirkt?

- Für internationale Missionen ist Mali nach wie vor einer der gefährlichsten Orte der Welt. Immer wieder werden ausländische Soldat*innen Opfer von terroristischer Milizen. Bis Anfang 2021 sind 134 Angehörige der UN-Mission MINUSMA bei Anschlägen **getötet** worden (davon zwei Deutsche), 358 erlitten schwere Verletzungen.
- Schlimmer noch ist die Gewalt, der immer mehr Menschen in Zentralmali zum Opfer fallen. Allein zwischen März 2018 und März 2019 sind in der Region Mopti rund 600 Menschen getötet worden. Im Oktober 2020 waren über **300.000 Menschen** innerhalb Malis auf der Flucht. Bei alledem spielen einerseits Spannungen zwischen verschiedenen Volksgruppen eine Rolle. Zugleich nutzen islamistische Milizen vorhandene ethnische Rivalitäten, um Menschen für ihren Kampf gegen die MINUSMA oder die malische Regierung anzuwerben. Die Gewalt weitet sich immer weiter aus und hat auch die Grenzen zu den Nachbarstaaten Burkina Faso und Niger überschritten.
- Die Präsidentschaftswahl im Juni 2018 ist friedlich und demokratisch abgelaufen und wurde als „Erfolg“ der Friedensbemühungen verbucht. Allerdings kam es im August 2020 zu einem weiteren **Militärputsch**. Seither wird Mali von einer Militärführung regiert, die verspricht, schon bald Neuwahlen abzuhalten, die aber nicht über ein erkennbares Programm verfügt, um Sicherheit und eine ökonomische Perspektive für die Menschen in Mali zu schaffen.

Grundlegend verbessert hat sich die Lage für die Menschen in Mali durch den Einsatz der Soldat*innen aus der EU und anderen Staaten bisher also nicht. Und warum?

01. Der Einsatz von Sicherheitskräften beseitigt nie die eigentlichen Ursachen gewaltsamer Konflikte. Ein solcher Einsatz kann höchstens den Rahmen dafür schaffen, dass öffentliche Sicherheit- und Ordnung aufrecht erhalten bleiben kann. Ohne diesen Rahmen kann eine Demokratie nicht existieren oder etabliert werden. Genau hier setzt EUTM an, um die Sicherheitskräfte des Staates zu befähigen, diese Funktion wahrzunehmen. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen.
02. Die Probleme in Mali sind das Ergebnis vieler innerer wie äußerer Faktoren: Der malische Staat ist zu schwach, um wichtige Dinge wie Krankenhäuser, Schulen und eine Verwaltung in allen Teilen des Landes aufzubauen, die Gesetze durchzusetzen und für Sicherheit zu sorgen. Fachleute sprechen von einem „gescheiterten Staat“ (*failed state*). Als Folge der Kolonialgeschichte und der willkürlichen Grenzziehung besteht innerhalb der malischen Bevölkerung ein großes Konkurrenz- und Konfliktpotenzial, das vom Staat und der Politik klug ausbalanciert werden müsste. Verschärft werden diese Spannungen zusätzlich durch die schlechte ökonomische Lage: So ist zum Beispiel der Zugang zu Wasser oder Weideland knapp und dementsprechend häufig Anlass für Auseinandersetzungen.

03. Verschärft werden diese Konflikte zusätzlich durch äußere Faktoren. Enorm wichtig ist hier zunächst der Klimawandel. Die Erderwärmung droht immer weitere Teile Malis in eine unfruchtbare Wüste zu verwandeln – was den Konkurrenzkampf um Wasser verschärft. Ein wichtiger äußerer Faktor ist auch die Schwäche der Staaten in der Nachbarschaft: So hat der Zusammenbruch des nördlichen Nachbarn Libyen 2011 dazu geführt, dass Waffen im großen Umfang aus Libyen nach Nord-Mali geschmuggelt wurden und dschihadistische Kämpfer nach Mali kamen.



Photo by [YODA Adaman](#) on [Unsplash](#)

Was also kann und sollte die EU tun, um Mali nachhaltig zu stabilisieren?
Sollte sie überhaupt in die Konflikte eingreifen?

Diese Fragen stehen im Zentrum der Aufgaben, die Ihr bearbeiten könnt.
Informiert Euch, werdet Expert*innen und vertretet Eure Meinung!

➤ Aufgaben



01 Videos und Podcasts: Geflüchtete in meiner Stadt

Seit 2015 sind viele Schutzsuchende aus Afrika nach Deutschland gekommen. Sie leben vielleicht in eurer Nachbarschaft oder gehen in eure Schule. Sind unter denen auch welche aus Mali? Recherchiert Informationen in Kleingruppen zu folgenden Fragen:

- Aus welchen Ländern stammen die Menschen?
- Welche Ursachen haben dazu geführt, dass die Menschen ihr Heimatland verlassen haben?
- Gibt es Organisationen, die ihnen helfen, sich erfolgreich in die Gesellschaft zu integrieren?

Präsentiert eure Ergebnisse in einem kurzen Podcast, den Ihr mit einem Handy aufzeichnet!

Geht auf Study Tour in Eurer Stadt und dreht mit euren Handys Videoclips zum Thema „Geflüchtete in meiner Stadt“!

02 Mind Map 1: Welche Ursachen haben die Konflikte in Mali?

Lest den Text aufmerksam durch und sucht vertiefende Informationen hier:

- ➔ <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/175842/mali>
- ➔ https://www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/mali/index.jsp
- ➔ <https://www.liportal.de/mali/>

Erstellt eine Mind-Map (z.B. Padlet, Miro), in der Ihr alle Faktoren zusammentragt! Haben diese Ursachen etwas mit Europa zu tun?

03 Mind Map 2: Mehr als Militär: Was tut die EU?

Militärische Missionen alleine helfen Mali und seinen Nachbarstaaten in der Sahelzone offenkundig nicht. Welche anderen Instrumente setzt die EU ein, um Mali zu helfen? Und wie ist diese Politik zu bewerten?

- <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/325733/politik-der-eu-und-deutschlands-zur-stabilisierung-der-sahel-zone>
- <https://www.welthungerhilfe.de/welternahrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/eskalation-im-sahel-eine-region-geraet-ausser-kontrolle/>

Teilt Euch auf, sammelt Argumente und haltet sie auf einer Mind Map fest!

04 Meinung & Debatte: Raushalten oder einmischen?

Ist es richtig, dass sich die EU und Deutschland auch außerhalb Europas für Frieden und Sicherheit engagieren, wie dies seit vielen Jahren in Mali geschieht? Welche Gründe sprechen dafür, welche dagegen?

Bildet zwei Gruppen, überlegt Euch Argumente und diskutiert!

#

#Verantwortung

#Kolonialgeschichte

#Klimawandel

#Augenhöhe

#Einflusszonen

#Selbstbestimmung

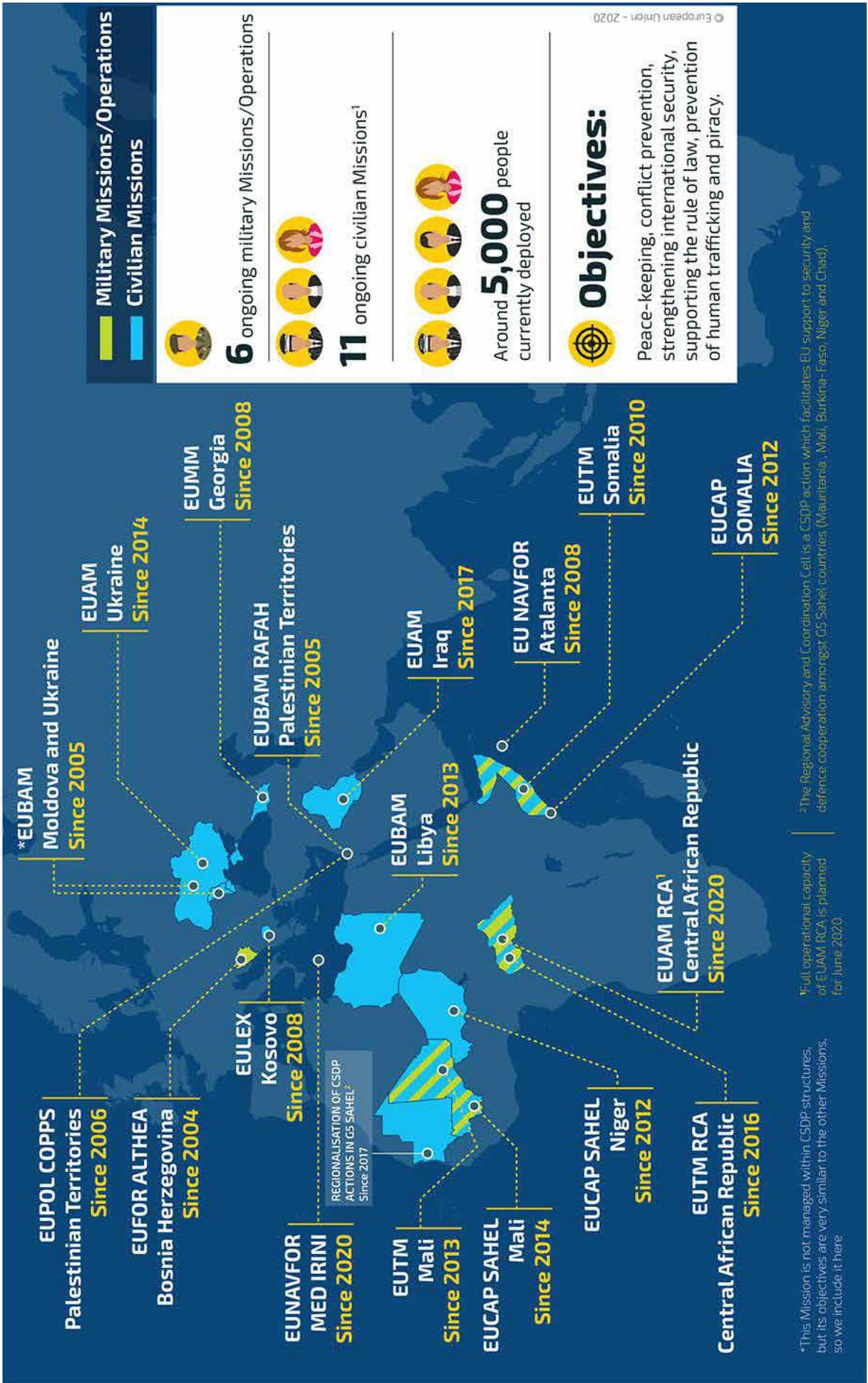
#Eigeninteressen

Noch mehr Hintergrund zu Mali

- <https://www.boell.de/sites/default/files/e-paper-mehr-militaer-weniger-sicherheit-mali-fuenf-jahre-intervention.pdf>
- <https://internationalepolitik.de/de/sahelzone-wege-aus-der-alternativlosigkeit>
- <https://www.swp-berlin.org/wissenschaftler-detail/denis-m-tull/>



EUROPEAN UNION CSDP MISSIONS AND OPERATIONS 2020





Impressum

Unterrichtsmodul 3: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Ein Projekt der Europäischen Akademie Berlin (EAB) mit freundlicher Unterstützung durch das Auswärtige Amt (2020/2021)

Konzeption: Dr. Anneke Hudalla (EAB)

Autor*innen: Dr. Anneke Hudalla unter Mitarbeit von Dr. Weronika Priesmeyer-Tkocz (EAB) und Dr. Sebastian Seidel (BWConsulting) sowie Ilona Rathert und Janik Hecht (EAB)

Grafische Gestaltung: Silvia Lorenz, Grafik-Design

© Europäische Akademie Berlin e.V.

Bismarckallee 46/48 | 14193 Berlin

Tel.: +49 (0)30 89 59 51 0

Fax: +49 (0)30 89 59 51 95

Email: eab@eab-berlin.eu

www.eab-berlin.eu

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied: Dr. Christian Johann

Registergericht: Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

Registernummer: VR 3197 B

USt-ID Nr.: DE136622356



Europäische Akademie Berlin



Auswärtiges Amt

